

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 30. Juni 1879.

Nr. 298

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, als den jetzigen so interessanten Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, die Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postämtern vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige. Die Redaktion.

## Deutschland.

Berlin, 28. Juni. Der diebende Auszug des deutschen Handelstages hatte bekanntlich Enquete über den Einfluß der Gefängnisarbeit auf den freien Gewerbebetrieb veranlaßt und zu diesem Behufe die sämtlichen ihm angehörenden Handelskammern zu gutachtlichen Äußerungen veranlaßt, welche im September vorigen Jahres durch eine Kommission von Sachverständigen einer Beratung unterzogen sind. Die preussische Staatsregierung ist dem Unternehmen auf das bereitwilligste entgegengekommen und es waren deshalb die sämtlichen Straf- und Verwaltungsbehörden angewiesen worden, den Handelskammern die gewünschte Auskunft über die Organisation der Arbeit in den Anstalten, über die Höhe der Löhne, über die Tagesleistungen der Sträflinge u. s. w. zu erteilen. In einer Anlage zur preussischen Strafsanktions-Statistik veröffentlicht nun der Geh. Oberregierungsrat Jüling eine erschöpfende Uebersicht der Grundsätze, nach denen der Arbeitsbetrieb in den preussischen Strafanstalten eingerichtet ist, und läßt dann eine Besprechung der Kommissionsbeschlüsse und ihrer Motive folgen, woran sich eine bemerkenswerte Schlussbetrachtung anschließt, der Folgendes zu entnehmen sein dürfte. Die Staatsregierung wird das reiche Material der Verhandlungen gewiß gern verwerten, um den Missethätigen, welche sich bei dem Arbeitsbetriebe in den Strafanstalten einschleichen könnten, die verdienstliche Sorgsamkeit entgegenzuwirken. Die Klagen über die Gefängnisarbeit werden damit allerdings nicht beseitigt werden, denn die Konkurrenz nicht besteht, wie man auch die Arbeit organisiren mag. Daß die Gefängnisarbeit den freien Arbeit einen Theil ihres Verdienstes entzieht, läßt sich nicht verkennen, aber auch nicht verneinen: die Strafsanktionsverwaltung hat vor Allem die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Freiheitsstrafen in einer dem Strafrecht entsprechenden Weise vollstreckt werden, und daß gehört eine produktive Beschäftigung, — die Gefangenen haben ein Recht auf Arbeit, ohne Arbeit würden sie körperlich und geistig verkommen. Auch das Interesse der Steuerzahler darf nicht außer Betracht bleiben, — es ist ein gerechtes Verlangen, daß die Sträflinge wenigstens einen Theil der Millionen, welche ihre Detention kostet, durch produktive Arbeit wieder einbringen. Bei der gedachten Enquete hat „ein großer Theil der Handelskammern erklärt“ (wie in dem Bericht der Kommission heißt), „daß ein nachtheiliger Einfluß der Gefängnisarbeit auf den freien Gewerbebetrieb sich nicht geltend mache. Jedenfalls sei auch die Zahl der Gefangenen im Verhältnis zu den freien Gewerbetreibenden viel zu gering, um den Betrieb der letzteren zu beeinträchtigen.“ Es entspricht diese Erklärung dem Gutachten der Kommission des Abgeordnetenhauses (Sitzung vom 2. Oktober 1868),

„daß ein Grund zu allgemeinen Klagen nicht vorhanden sei.“ Die preussische Landesvertretung hat sich seiner Zeit mit dem gegenwärtig in den Strafanstalten bestehenden Arbeitssystem ausdrücklich einverstanden erklärt und der Reichstag hat „die allgemeine Einführung der für die preussischen Gefängnisse vorgeschriebenen Grundsätze empfohlen.“ Aus den Verhandlungen der Enquetekommission kann ein Anlaß zur Aenderung des bisherigen Systems nicht entnommen werden und die Staatsregierung wird deshalb Bedenken tragen müssen, eine Organisation aufzugeben, die sich bisher im Großen und Ganzen bewährt hat. — Angehängt ist eine sehr interessante und lehrreiche Nachweisung des Betriebes von Arbeiten für Dritte in den zum Ressort des Ministeriums des Innern gehörenden Straf- und Gefangenenanstalten am 31. Dezember 1877.

Berlin, 28. Juni. Ueber die Parteistellung der Mitglieder der Generalsynode gibt die „N. V. Z.“ folgende Uebersicht:

Ueber die Parteistellung der gewählten Mitglieder der General-Synode geben wir unsere in vorigen Jahrg. nach den Wahlen gegebene Uebersicht hier wieder: 1) Ost- und Westpreußen 2 Konfessionelle, 3 Positiv-Uniten, 10 Mittelpartei, 9 Linke. 2) Posen 5 Konfessionelle, 4 Positiv-Uniten. 3) Pommern 13 Konfessionelle, 5 Positiv-Uniten. 4) Brandenburg 12 Konfessionelle, 10 Positiv-Uniten, 5 Mittelpartei. 5) Sachsen 5 Konfessionelle, 11 Positiv-Uniten, 8 Mittelpartei. 6) Schlesien 14 Konfessionelle, 3 Positiv-Uniten, 4 Mittelpartei. 7) Westfalen 5 Konfessionelle, 6 Positiv-Uniten, 1 (M) Mittelpartei. 8) Rheinprovinz 15 Mittelpartei. Zusammen 56 Konfessionelle, 42 Positiv-Uniten, 43 Mittelpartei, 9 Linke, macht also 108 Mitglieder.

Von den 5 General-Superintendenten gehört einer (Dr. Büchel) der konfessionellen Richtung an, vier (die beiden sächsischen, sowie die von Schlesien, Westfalen) sind der positiven Unionspartei zugerechnet, drei (Dr. Brüdner, Dr. Jaspis und Dr. Nießen) gehören der außerordentlichen Generalsynode zur Mittelpartei oder stimmen doch stets mit ihr. (Drei General-Superintendenten sind unserer Wissens nach.)

Ueber die Parteistellung der 30 landesherrlich ernannten Mitglieder der Generalsynode gehen die Ansichten noch auseinander. Der „Reichsbote“ schreibt: „Es gehören von den 30 Ernannten etwa 13 der Mittelpartei, 10 der positiven Union, 3 der Konfessionellen an, und von 4 ist die Parteistellung noch ungewiß.“ Die „Pos.“ 3ig. will „günstig gerechnet“, das heißt, wenn man das Maximum der zur Mittelpartei Gehörigen annimmt, 10 der Mittelpartei zuzählen. Nach Ansicht der „Kreuztg.“ würden 4 zu den Konfessionellen, 17 zu den Mitgliedern der positiven Union, 9 zu denen der Mittelpartei zählen müssen.

Von den 6 theologischen Fakultäten ist zu erwarten, daß 3 Mitglieder der positiven Unionspartei, die 3 anderen Männer der Mittelpartei deputiren. Rechnen wir von den 30 vom Könige ernannten Mitgliedern 4 der konfessionellen, 17 der positiven Unions- und 4 der Mittelpartei zu, so dürfte das Stimmenverhältnis auf der Generalsynode ungefähr folgendermaßen gestalten: 1) Gewählte: 1 Konfess., 42 Pos.-Un., 43 Mittelp., 9 Linke. 2) General-Superintendenten: 1 Konf., 4 Pos.-Un., 1 Mittelp. 3) Ev. Fakultäten: 3 Pos.-Un., 3 Mittelp. 4) Ernante: 4 Konf., 17 Pos.-Un., 9 Mittelp. Zusammen 61 Konf., 66 Pos.-Un., 58 Mittelp., 9 Linke.

Berlin, 29. Juni. Das allerdings nicht sehr zuverlässige „Deutsche Montagsblatt“ will von untrüchteter Seite Folgendes über die gegenwärtige politische Situation erfahren haben:

Finanzminister Hübner hat seine Entlassung beim Kaiser eingereicht, darüber jedoch, ob dieselbe ihm gewährt worden, war in parlamentarischen Kreisen heute noch nichts bekannt. Sowohl der Finanzminister, als alle übrigen Mitglieder des preussischen Staatsministeriums erhielten erst Kenntniß von dem Antrage Brandenstein, nachdem derselbe schon gedruckt vorlag, während die Vertreter der mittelsächsischen Regierungen von befreundeten Abgeordneten über die Vorgänge hinter den Kulissen trefflich unterrichtet waren. Drei Tage lang lagen die Vorschläge des Centrums und des Abg. von Bennigsen im Kabinett des Kanzlers; dieser entschloß sich endlich, den Pakt mit dem Centrum abzuschließen, als er von Bennigsen nicht erfahren

konnte, welche Gefolgschaft dieser innerhalb der national-liberalen Fraktion hinter sich habe.

Daß Herr Hübner die Ministerial-Fall und Friedenthal folgen dürften, gilt in parlamentarischen Kreisen für feststehend. Letztere beiden Minister haben in den jüngsten Tagen im Reichstage mehrfache vertrauliche Besprechungen gehabt. Windthorst und Genossen fordern geradezu für das Kompromiß als Opfer die Person des Kultusministers Fall.

Was den Tarif und den Antrag Brandenstein selbst angeht, so stehen die Sachen folgendermaßen:

Der Reichskanzler hat den Antrag acceptirt in der Voraussetzung, daß ihm die Schutz- und Finanzvölle mit der Tabaksteuer voll und ganz bewilligt werden. Man versichert, daß der Reichskanzler sich für weitere Stadien der Verhandlungen jene Entschlüsse vorbehalten und das letzte Wort noch nicht gesprochen habe. Es giebt bekanntlich außer der zweiten Lesung noch eine dritte Beratung, und das Spatium zwischen dieser ist schon oft zum Abschluß unvermutheter Kompromisse benutzt worden. Jetzt will das Centrum laut der Erklärung des Abg. Windthorst von der Bewilligung des Kaffee- und Petroleumzolls wenig wissen, während es in der Tabakfrage, über welche dasselbe heute in der Fraktion beräth, getheilte Meinung ist.

Nun bilden gerade diese drei Artikel den wichtigsten Theil der Einnahmen. Herr von Bennigsen, der seine Indignation über das zwischen den Konservativen und Liberalen abgeschlossene Kompromiß an jeder Stelle laut äußert, hat die bedeutende Erklärung abgegeben, daß er in dritter Lesung nicht für die Finanzvölle stimmen werde, für den Fall der Annahme des Antrages Brandenstein durch das Plenum.

Herr von Bennigsen hat, wie wir erfahren, hinzugefügt, „daß, wenn er auch jetzt für Finanzvölle stimme, er doch dabei den Vorbehalt machen müsse, daß er nicht die Hand dazu bieten könne, solche Positionen, welche die Zustimmung des Centrums nicht finden würden, etwa mit den Konservativen durchzusetzen. Die nunmehrige Majorität sollte sich darauf einrichten, sich unter einander auch über alle Konsequenzen zu verständigen und nicht darauf rechnen, daß die National-liberalen etwaige Ausfälle ergänzen würden.“ Das Letztere bezieht sich eben auf den Kaffee- und Petroleumzoll.

Nun liegt die Sache so. Herr von Bennigsen und dessen Freunde bewilligen, abweichend von den Abg. Richter, Lasker, Bamberger und Genossen, bei der zweiten Lesung die Finanzvölle, indem sie sich die Prüfung jeder Position im Einzelnen vorbehalten. Wird in der zweiten Lesung im Plenum der Antrag Brandenstein angenommen, dann stimmen auch Bennigsen und Genossen in dritter Beratung gegen die Finanzvölle, ob dann auch gegen den ganzen Tarif, steht noch dahin.

Herr von Bennigsen macht aber seinen oben erwähnten Vorbehalt, weil eine Möglichkeit vorliegt, daß das Centrum bei einigen Finanzvöllen und der Tabaksteuer noch abswinkt, und dann Herr von Bennigsen wieder als Hauptunterhändler neue Verhandlungen mit dem Kanzler auf der Basis seiner ersten Vorschläge würde aufnehmen können. Man hält in parlamentarischen Kreisen eine solche überraschende Wendung der Dinge für nicht ganz unmöglich. In einer an Ueberraschungen so reichen Zeit, wie der jetzigen, ist eben keine Eventualität ausgeschlossen.

Der Votschaster des deutschen Reiches in St. Petersburg, General-Lieutenant von Schweinitz, ist am Sonnabend spät Abends hier eingetroffen und hatte bereits am Sonntag Mittag eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler Fürsten Bischoff.

## Ausland.

Wien, 28. Juni. Wie man der „Neuen Freien Presse“ aus Moskau schreibt, haben die Offiziere der österreichischen Gendarmerie vor einiger Zeit in der Herzegovina die Einreihung von wehrfähigen jungen Männern aller Konfessionen in eine Lokalmiliz begonnen. Darüber herrsche unter der herzegowinischen Bevölkerung keine allzu große Beunruhigung. Insbesondere soll die mohamedanische Bevölkerung in Folge dieser Maßregel von einem panischen Schrecken ergriffen sein, der sich sowohl durch die Flucht der wehrfähigen Jünglinge nach Montenegro, als auch durch Auswanderungsgesuche äußere, Familien manifestirt. Wie man dem

Blatte berichtet, ruft jene Quasi-Rekrutierung unter den Mohamedanern hauptsächlich darum Schrecken hervor, weil sie von den Behörden über die Bestimmung der künftigen Miliz nicht informiert wurden und sich einbilden, sie würden gegen ihre Glaubensgesetze in den Kampf geführt werden. Die Volksstimmung, welche eben vorgenommen wird, hat ebenfalls lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Die Bevölger Bosniens und der Herzegovina, bemerkt schließlich das Blatt, sind eben an solche Neuerungen nicht gewöhnt, und Sache der Behörden wäre es, die Einwohner über den Zweck und die Bedeutung ähnlicher Maßregeln aufzuklären, um der Auswanderung, welche weder im Interesse Oesterreichs, noch der Porte, noch aber der Provinz gelegen ist, endlich ein Ziel zu setzen.

Die österreichische Fortschrittspartei hat eine empfindliche Niederlage erlitten, und zwar in Steiermark, in ihrer festen Burg, dort, wo sie so zu sagen schon die Leitern anlegte, um den Himmel zu stürmen. Und die Hauptstadt der grünen Steiermark war es, dieselbe, in welcher jüngst erst die „Blätter des Fortschritts“ tagte und allen Nicht-Fortschrittlichen den Krieg bis aufs Messer erklärte, welche die radikalen Herren desavouirte. Dr. Neubauer, Geheimrath, Präsident des steirischen Abgeordnetenhauses, war in Graz als Kandidat der Wahlversammlung bejubelte förmlich den verdienstvollen Patrioten und nahm schärfend in welcher er enthielt, mit stürmischem Beifall auf, um ihm schließlich einstimmig die Kandidatur zu übertragen. Es wird auch dies als ein sehr handgreiflicher Beweis dafür betrachtet, daß die Fortschrittler immer mehr an Terrain verlieren.

Paris, 27. Juni. (Der Bonapartismus.) Die bonapartistischen Blätter erzählen heute, eine weiße Taube habe sich gestern während des Trauergottesdienstes auf St. Augustin gesetzt! Paul de Cassagnac baut auf diese Taube, die fliehe an den Adler von Boulogne erinnert, schon Häuser; er läßt sich im „Pays“ also vernehmen: „Die Legende ist Macht; es giebt aber keine bessere Legende, als die des Unglücks. Nicht Auferstehung führte zum zweiten Kaiserthum zurück, sondern St. Helena; und nicht Solferino wird das dritte Kaiserthum zurückführen, sondern Ems und das auf afrikanischer Erde vergossene und aus 18 in der Brust erhaltenen Wunden strömende Blut!“

Konstantinopel, 23 Juni. Die Ministerkrisis ist noch immer nicht zu Ende. Legten Freitag hat dieselbe sogar momentan einen besonders scharfen Charakter angenommen. Großvezier Racheddin Pascha wurde der ewigen Ungewißheit seiner Lage und der beständig in den Weg gelegten Hindernisse endlich überdrüssig und faßte den Entschluß, vom Sultan die Absetzung seiner drei Kollegen, Dschan Pascha, Said Pascha und Savaas Pascha zu verlangen. Diese drei Männer bilden im Verein mit dem ersten Sekretär des Sultans, Riza Bei, eine formidabile geheime Regierung, die jede Aktion des Großveziers paralytirt. Man kann sagen, daß kein Beschluß des Ministerrathes ohne Zustimmung dieser Trias zur Ausführung gelangt. Gewisse Beschlüsse ruhten 3 Monate auf dem Tische des Sultans und kamen sodann, mit nichtigen oder lächerlichen Bemerkungen versehen, wieder zurück. Durch alles dies wird jedes Regieren unmöglich gemacht. Racheddin wollte dieser Sachlage ein Ende machen. Am Sonntag herrschte die größte Ungewißheit über die Entscheidung des Sultans. Schon Freitag intervenirte der englische Votschaster Dr. Layard in sehr energischer Weise zu Gunsten des jetzigen Großveziers. Er soll dem Sultan erklärt haben, daß der Sturz Racheddin Pascha's einen sehr üblen Eindruck auf die englische Regierung machen und die öffentliche Meinung in England der Türkei ganz entfremden würde; er könnte diese Nachricht der Königin nicht telegraphiren. Gestern begab sich auch der französische Votschaster Mr. Fourmier in geräuschloser Weise zu dem Sultan und stellte demselben vor, daß eine innere Kriese den Russen als Vorwand dienen könnte, die Räumung Rumeliens und Bulgariens zu verzögern, und daß es notwendig sei, in dem Moment, wo so weittragende Fragen, wie die griechische und ägyptische, auf der Tagesordnung sind, die am Ruher befindlichen Männer auf ihren Posten zu belassen. In Folge dieser Schritte soll es nun zwischen dem Sultan und dem Großvezier zu einem Kompromiß gekommen sein. Letzterer zieht sein für den Souverän allzu kränkelndes Verlangen zurück



und behält die Leitung der Geschäfte wenigstens für einige Zeit.

### Provinzielles.

Stettin, 30. Juni. „Mit Gott für König und Vaterland“ ist der Wahrspruch des preussischen Soldaten. Daß dieser Spruch aber auch jeden Preußen befehlt, wenn er nicht mehr im Solde des Vaterlandes steht, zeigt am besten das Emporblühen der Kriegervereine in allen deutschen Gauen. Auch unsere Provinz steht darin nicht zurück, das bewies die zahlreiche Beteiligung an dem diesjährigen Provinzial-Kriegerfest, welches gestern in Stargard begangen wurde. Aus allen Theilen der Provinz hatten sich die Mitglieder der Vereine eingefunden und zwar waren die Vereine von Arnswalde, Bohn, Borin, Damm, Finkenwalde, Freienwalde, Friedrichsdorf, Garb, Grabow, Greifenhagen, Labes, Neumark, Nipperwiese, Podelsch, Pyritz, Stettin mit zwei Vereinen (Patriotischer und Stettiner Krieger-Verein), Schöningen, Stargard, Uedermünde, Wangerin und Zülchow mit ca. 500 Mitgliedern vertreten. Nachdem sich die Vereine bis gegen 11 Uhr am Bahnhof geordnet hatten, erfolgte der Marsch durch die festlich geschmückte Stadt nach dem Marktplatz, wo sich die Vertreter der Stadt Stargard eingefunden hatten. Herr Syndikus Krüger betrat die Rednerbühne und begrüßte im Namen der Stadt die fremden Gäste. Nachdem er darauf hingewiesen, daß es sich die Garnisonstadt Stargard zur besonderen Ehre anrechnen, die Krieger-Vereine in seinen Mauern begrüßen zu können, gab er mit beredten Worten ein Bild der Entstehung und Entwicklung der preussischen Militärmacht. Darauf ergriff der Vorsitzende des Patriotischen Krieger-Vereins, Herr Steuer-Inspektor Cuno, das Wort, um den Vertretern und Bewohnern von Stargard für den überaus herrlichen Empfang im Namen der Vereine den Dank auszusprechen. Zugleich wies er auf die weitgehende segensreiche Wirkung des Deutschen Kriegerbundes hin und brachte ein dreimaliges, mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus. Nachdem sodann die Vereine auf dem Exercierplatz aufgestellt genommen hatten, erschien der hiesige Stadtkommandant, General-Lieutenant v. Fehrenschell, Gruppenberg Erzelenz, und nahm im Beisein des Stargarder Offizier-Korps die Parade ab. Nach derselben erfolgte der Festmarsch durch die Stadt nach dem Festlokal (Schönemann's Garten), der am Ende des Tages entsprechend deforirt war. Herr Divisionär Mehrke hielt die Festrede und sprach ungefähr folgendes: Der Zug der Kriegervereine geht jetzt durch alle deutschen Gauen; während früher nur die größeren Städte Vereine aufzuweisen hatten, sind jetzt schon in jedem Dörflein die Männer zur Gründung eines Krieger-Vereins zusammengetreten. Und warum sollte man es den Männern, welche die heiligen Feldzüge mit durchlebt haben, verweigern, denn sie auch später gern der Fahne folgen? Die Vereinigung der verschiedenen Vereine entspricht einem inneren Wunsche des Herzens, doch soll sie nicht nur geschehen, um äußere Feste zu feiern, sondern jeder Theilnehmer soll die Empfindungen, die bei einem solchen Feste befeelen, mit in die Heimath tragen und dort, soviel in seiner Macht steht, den Patriotismus immer mehr verbreiten, besonders seine Nachkommen in Gewissenhaftigkeit und Treue erziehen. Redner gebietet sodann der großen und der Erinnerung werthen Zeit von 1866 und 1870/71, in welcher durch Gottes Hilfe das Vaterland so schon emporgehoben. Aber es ist leichter, eine Höhe zu erreichen, als sich auf derselben zu erhalten. Dies kann nur durch wahren Patriotismus und gute Kameradschaft geschehen. Jeder möge stets mit Liebe und Treue an seinem obersten Kriegsherrn hängen, für den unsere Herzen ganz und gern schlagen, so wird auch das Wohl des Vaterlandes gedeihen. Das wolle Gott! Darauf ergriff Sr. Erzelenz General-Lieutenant v. Fehrenschell-Gruppenberg das Wort und brachte ein dreimaliges Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus, in welches die Versammelten begeistert einstimmten, während die Kapelle die National-Hymne intonirte. — Nachdem sich die Mitglieder der einzelnen Vereine bekannt gemacht hatten, fand im Festlokal das gemeinschaftliche Mittagmahl statt, bei welchem es nicht an Frohsinn und heiteren Trakten fehlte. Die Tafelmusik führte die Kapelle des Kolberg'schen Grenadier-Regiments Nr. 9 unter Leitung des Herrn Köhlmann aus; dieselbe konzertirte auch am Nachmittag und Abend im Festlokal. Gegen 5 Uhr fand noch eine Sitzung des Vorstandes des V. (Pommerschen) Bundes-Bereichs statt, bei welcher jedoch meist nur innere Bundesangelegenheiten besprochen wurden, von denen weitere Kreise nur die Nachricht interessiren dürfte, daß bei der Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers in Stettin im Herbst d. J. auch von Seiten sämtlicher pommerscher Kriegervereine eine größere patriotische Kundgebung in Aussicht genommen ist, deren Programm noch später ausführlich bekannt gemacht werden wird. Gegen 8 Uhr begannen sich die fremden Vereine zur Abfahrt zu rüsten und obwohl besonders die taugliche Jugend noch gern den Beginn des Tages erwartet hätte, mußte Alles dem Bahnhofe zufließen, um das eigene Heim zu erreichen. Sicher hat jeder Theilnehmer das Bewußtsein, ein schönes und würdiges Fest mit-erlebt zu haben und ein Jeder wird der Stadt Stargard und deren Bewohnern für die freundliche Aufnahme ein freundliches Andenken bewahren.

— Das V. Volks-Gesangs-fest des Pommerschen Sängerbundes, welches am gestrigen Sonntag auf dem Julo gefeiert wurde, hatte wie alljährlich einen großen Theil der hiesigen Bevölkerung nach Glogow gezogen, dagegen war die Beteiligung von Seiten der Sänger eine

geringere als in den Vorjahren. Die Sänger, daß der Grund dafür theilweise in den gegenwärtigen ungünstigen Zeitverhältnissen liegt, andererseits dürfte aber auch die Wahl der geringen Tages für die Feier viel dazu beigetragen haben, die Sänger, welche zugleich Mitglieder eines Kriegervereins sind, von der Feier des Provinzial-Fests zurückzuhalten und die Feier des Provinzial-Fests des deutschen Kriegerbundes in Stargard vorzuziehen. Von dem herrlichsten Sommerwetter begünstigt, verlief die Feier mit bestem Erfolg. Morgens gegen 11 Uhr nahmen die Vereine auf dem Viktoriaplatz Aufstellung und zwar waren folgende Vereine anwesend: Stargarder Liedertanz, Greifenhager Liedertanz, Handwerker-Gesang-Verein aus Greifenhagen, Frauendorfer Männer-Gesangverein, Stettiner Sängerbund, Zülchower Männer-Gesangverein Concorbia, Neu-Torner Handwerker-Verein, Stettiner Quartett, Sängerbund Liedertanz, Zülchower Gesangverein Viktoria, Grabower Sängerbund, Stettiner Handwerker-Verein und Grabower Verbindungs-Gesang-Verein. Kurz nach 11 Uhr setzte sich der Festzug unter Vorantritt der Janovius'schen Kapelle nach dem Dampfschiffsbollwerk in Bewegung, von dort wurden die Sänger durch den Dampfer „Witt“ nach Glogow befördert. Auf dem Julo angekommen, wurden die fremden Sänger begrüßt, einige Vereine ließen sich auch hinter dem Forsthaus durch den hiesigen Photographen Maß Gruppenbilder aufstellen. Die gemeinschaftliche Mittagstafel im Forsthaus fand nur eine sehr schwache Beteiligung, wovon jedoch der Frohsinn an derselben keine Einbuße erlitt. Gegen 3 Uhr begann die eigentliche Feier auf dem Festplatz nach einem allgemeinen Volkslied und einem auf den Tag bezüglichen Prolog erkundete Mozart's herrliches Bundeslied, nach welchem Herr Klug, der Vorsitzende des pommerschen Sängerbundes, die Rednerbühne betrat und die Festrede hielt, in welcher er die Entwicklung des deutschen Volksliedes bis zu unserer Zeit behandelte. Nach der Festrede begannen unter Direktion des Herrn Kasten die Chorgesänge aller Vereine, von denen einige recht gut gelang, und Belfall fanden, auch die Einzelgesänge zeigten von fleißiger Vorübung und ernteten in diesem Jahre die Stettiner Vereine den meisten Beifall; namentlich befriedigte die „Einübung des Volksliedes“, welche in früheren Jahren stets mit Erfolg vortragen wurde. Der Rest des Tages wurde durch Konzerte der Janovius'schen Kapelle ausgefüllt. Nachdem fast alle kleinen Dampfer in Bewegung waren, gelang es erst nach vielen Stunden, das nach Tausenden zählende Publikum zur Stadt zu bringen.

— Dem Gerichtsboten und Exekutor Werner zu Pyritz ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Auf Anfrage einer Bezirksregierung hatten die Resorptminister jüngst Gelegenheit, sich über die Haltung der Sonn- und Feiertage auszusprechen. Bei dieser Gelegenheit haben sie erklärt, es sollen gemeint, daß der Geschäftsverkehr während der Stunden des vor- und nachmittägigen Hauptgottesdienstes strengstens ruhen müsse und keine Veranlassung vorliege, den Nachmittags-Hauptgottesdienst irgendwie zurückzusetzen, so daß Läden, Waarenlager, Magazine, Buben u. s. w. Vor- und Nachmittags an Sonn- und Festtagen während der Hauptgottesdienststunden unbedingt geschlossen werden sollen.

— Wir theilen nochmals die Zusammenfassung des künftigen Oberlandesgerichts zu Cettin, wie sie das jüngst erschienene Hof- und Staatshandbuch bringt, mit: Präsident: Thümmel rüher Präsident des Appellationsgerichts zu Münster Senats-Präsidenten: Wer (fr. Vice-Präsident des Appellationsgerichts hiesig), Meyer (fr. Obertribunal-Präsident des Appellationsgerichts hiesig), v. Weich, Wienstein, Schmidt, Minteln, Succo (sämtlich früher Appellationsgerichtsräthe hiesig), v. Rosenberger (fr. in Frankfurt a. O.), Bachman und Friede (fr. in Göttingen), Dr. Colberg und Lepper (früher in Greifswald). Ober-Staatsanwalt Henke (früher hiesig).

— Bestern wurde in der Regitz der Ebnam einer männlichen unbekannten Person im Alter von 30—35 Jahren, starker Statur, mit rüchlichem Vollbart aufgefunden, welche anscheinend schon mehrere Tage im Wasser gelegen haben muß.

S Pampow, 27. Juni. Das dieährige Schützenfest des hiesigen Schützenvereins fand am 22. d. Mts. statt. Mittags 1 Uhr marschirte die Kompagnie unter der Führung des Herrn Hauptmann Busch nach dem Schießplatz n der Thurhaide. Es wurde sofort mit dem Schießen nach der Königscheibe begonnen und durchsichtlich sehr gut geschossen, so daß Schützen, die n acht Schuß 75 auch 76 Ringe geschossen hatten, keine Auszeichnung mehr erhielten. Die Königscheibe erwarb Herr Grämlow, Stolzenburger Müse; die erste Ritterwürde Herr Müller, Pampow; die zweite Ritterwürde Herr Heidenreich, Raminshagen Während des Schießens amüsierte sich das Publikum mit allerlei Volksbelustigungen, bis der Himmel seine Schützen öffnete und fast zwei Stunden lang ungeheure Wassermassen herabsandte. Nachdem das Wetter sich aufgeklärt hatte, wurde mit dem Gewinnschießen begonnen, das sich zu einer interessanten Wettkampfs steigerte. Spät Abends trat die Kompagnie an und wurde zunächst an Hoch auf den Kaiser ausgebracht, dem noch viel andere folgten; sodann trat die Kompagnie ihrer Rückmarsch nach dem Dorfe an, um sich Montag Abends wieder zum Volle zusammen zu finden, der bis Dienstag Morgen währt und in ungezügelter Heiterkeit verläuft.

— Straßfund, 28. Juni. Wie wir hier p. ist

der Verkauf von Loosen zu der mit der Gewerbe-Ausstellung verbundenen Lotterie in den letzten Tagen in ein lebhaftes Tempo gekommen, und es hat sich daher die Anzahl der Gewinne noch um einige recht werthvolle Stücke vermehren lassen. Angekauft sind: 2 Wagen und ein dritter ist in Aussicht genommen, 2 eiserne Geldschränke, eine goldene Cylinderuhr und dazu, wie bereits früher in diesem Blatte erwähnt, 2 Pianinos, die Meublements- und Zimmereinrichtungen von Madenthun, Becker, Calcamuggio, Knuth und viele einzelne Meubles, zum Theil von hervorragendem Werthe. Nach unserer Schätzung ist kein Industriezweig in der Ausstellung vertreten gewesen, der nicht zu der Lotterie sein Kontingent stellte, mit Ausnahme der Adergeräthe und der Geräthe zur Bienenzucht. Da die Verlosung erst am 8. Juli stattfinden wird, so dürfte es sich empfehlen, nach dem Vorgange anderer ähnlicher Lotterien, dem Publikum Gelegenheit zu geben, die zu Gewinnen angekauften Gegenstände noch einmal in Augenschein zu nehmen.

### Vermischtes.

— Man liest in der „Marseillaise“, deren Mittheilungen ob ihrer politischen Parteilichkeit wohl mit einiger Vorsicht aufzunehmen sind: Obgleich man seit einigen Tagen viel von dem Prinzen Napoleon spricht, ist noch von keiner Seite an seinen Ehrenhandel mit dem Herzog von Numale erinnert worden. Wir können über denselben folgende noch unbekannte und durchaus wahrheitsgetreue Einzelheiten mittheilen: In Folge einer für die Familie Orleans beleidigenden Rede, welche der Better des Kaisers im Senat gehalten hatte, richtete der Herzog von Numale an ihn in der auswärtigen Presse eine in den schärfsten und verächtlichsten Ausdrücken gehaltene Herausforderung. Alle Freunde des Prinzen waren darüber einig, daß er den Handschuh aufnehmen und sofort nach England abgehen sollte. Alle Welt harrete der Dinge, die da kommen sollten und ging Welken ein, ob der Prinz sich schlagen werde oder nicht. Da dieser noch immer zaudert, eilt Herr Emil von Girardin in das Palais Royal: „Monseigneur, Sie müssen unverzüglich abreißen! Sie müssen sich schlagen!“ Da gesteht der Sohn des Königs Jerome dem Direktor der Presse, er sei nur durch elende Geldbedürfnisse zurückgehalten; er bestände sich eben in großer Verlegenheit, könne nicht in kleinem Aufzuge nach England gehen und hätte Ursache, sich auch nicht an den Kaiser zu wenden. — „Wenn es nur das ist!“ ruft der Publizist, „es ist zu spät, noch nach der Bank zu gehen: aber ich will Ihnen alles Geld schenken, was ich gerade zu Hause hab. Glauben Sie mir nur, Sie müssen noch heute Abend abreißen!“ Damit fährt Herr von Girardin eiligst nach seiner Wohnung, ruft seinen getreuen Haushofmeister und sagt: „Jean, bringen Sie mir schnell den ganzen Vorrath unserer Kasse!“ Es waren 35,000 Francs in Banknoten. Schnell wurden sie in ein Couvert gethan und durch Jean nach dem Palais Royal geschickt. Am folgenden Morgen glaubte Herr von Girardin den Prinzen längst mit seinem Gefolge, seinen Zeugen und Waffen in Charing-Cross abgesehen, als man ihm Herrn Hubaine, den Sekretär seiner kriegsgerichtlichen Hofe, anmeldet. „Was tausend!“ empfängt er ihn, „Sie haben ihn nicht begleitet?“ — Er ist gar nicht abgereist. — „Nicht abgereist!“ ruft Girardin aufspringend. — Nein, er hat sich die Sache überlegt und schickt Ihnen die 35,000 Francs zurück, welche Sie die Güte hatten, ihm vorzusprechen. Seit jenen Tage kann Herr von Girardin, so oft auf dieses gescheiterte Duell angespielt wird, ein hochhaftes Lächeln nicht unterdrücken. Der Herzog von Numale aber dartet noch heute auf seinen Gegner.

— Der „Kreuzzeitung“ wird aus Newyork ein namentlich für Hausfrauen interessantes Kuriosum über die Fälschung von Eiern mitgetheilt. Der Korrespondent des Blattes schreibt: Daß man hier in Amerika alles fälscht, ist bekannt; die hölgernen Schinken und Muskatkränze, die von den Neu-England-Staaten versendet wurden, sind sogar in frischen Andenken. Jetzt fälscht man hier sogar Eier, und dies Geschäft wird ganz fabrikmäßig und in großem Maßstabe betrieben, wie ich mich mit eigenen Augen überzeugt habe. Auf der einen Seite eines großen Raumes standen mehrere geräumige kupferne Behälter, die mit einer dicken, lebrigen, gelben Masse angefüllt waren, in der ein Mann stetig herumrührte. Das war das Gelbe vom Ei, der Dotter. Auf der gegenüberliegenden Seite befanden sich ähnliche Behälter, in denen das Weiße vom Ei fabrikmäßig wurde. Die Eischale wurde aus einer weißen gypsartigen Substanz mittelst eines Blasrohrs hergestellt, ähnlich wie man Seifenblasen macht. Die fertigen Eischalen wurden dann in einen Ofen zum Trocknen gebracht und später gefüllt, zuerst mit künstlichem Eiweiß, darauf mit künstlichem Dotter und zuletzt wieder mit einer kleinen Portion Eiweiß. Die kleine Zeichnung an dem einen Ende wird mit weißem Cement geschlossen und die größte Errungenschaft der modernen Civilisation, das künstliche Ei, ist fertig. Seinem Aussehen nach ist es ein natürliches Ei, aber es enthält nicht nur alle nahrhaften Stoffe, sondern ist im ungeschlossenen wie geschlossenen vollständig unverdäulich und obenein gesundheitschädlich. Die Angreibern sollen an sich unschädlich sein; aber der Gumm, der bei der Herstellung des Dotters benutzt wird, geht eine der Gesundheit gefährdende Verbindung mit dem Alkali ein. Schadet aber nicht; denn Geschäft bleibt Geschäft.

— Die „Newyorker Hölzlg.“ schreibt über das Erscheinen der ersten Juden in Peking: Seitdem Peking, die Hauptstadt China's, existirt — die Stadt soll schon über 4000 Jahre alt sein — hat es dort keinen Juden gegeben. Erst im vergange-

nen Januar haben 23 israelitische Juden die Gebrüder White, dort niedergelassen, um den Kommissionshandel zu betreiben. Da die neuen Ansiedler unter dem Schutze des Ciernenbanners stehen, so hatte die Regierung gegen deren Niederlassung in Peking Nichts einzuwenden, und wohnen die Juden dort sogar in der inneren Stadt Nai Tzing. Uebrigens giebt es in den chinesischen Hafenstädten, zumal in Shanghai, schon längst Niederlassungen englischer und amerikanischer Juden und sind einige sogar Lieferanten der chinesischen Lokal-Regierung. Die Chinesen selbst halten die Juden für eine Art mohamedanischer Sektkirer und bezeichnen dieselben gewöhnlich mit dem Namen Polo-jo (Perser), da die meisten Mohamedaner China's aus Persien stammen.

### Literarisches.

Das technische Unterrichtswesen in Preußen. Sammlung amtlicher Aktenstücke des Handelsministeriums, sowie der künftigen Berichte und Verhandlungen des Landtags aus 1878—1879. Verlag von Sechagen. Allen, welche sich für die Gewerbeschulen interessieren, kann die Buch, welches das ganze Material enthält, warm empfohlen werden. [102]

### Telegraphische Depeschen.

Emg, 29. Juni. Se. Majestät der Kaiser machte gestern Nachmittag eine Spazierfahrt und wohnte Abends Theater-Vorstellung bei. Am heutigen Morgen werden der Prinz Wilhelm, welcher von Bonn hier eingetroffen ist, und der Großherzog von Hessen theilnehmen.

Baden-Baden, 28. Juni. Der russische Botschafter in Paris, Fürst Orloff, ist nach Paris abgereist.

Wien, 29. Juni. Die „Montags-Revue“ erklärt aus Anlaß des Grazer Fortschritt-Partei-Programms, daß die Regierung konservativ erscheinen wolle. Sie wege aber keine reaktionäre Politik machen und nicht dulde, daß mit oder ohne den Eintritt der Erben und Feudalen in den Reichsrath von irgend einer Seite an den Verfassungsgrundgesetzen gerüttelt werde, weder würde dies die Regierung, noch ein einzelner Minister dulden, es erschien eben keine Veranlassung. Die „Montags-Revue“ konstatiert bezüglich der europäischen Situation: durch die erste und zweite Europäer ist die europäische Frage nunmehr auf die europäische Basis gestellt, die Einwirkung Europas werde auch die weitere Entwicklung dieser Frage bestimmen.

Wien, 29. Juni. Das Resultat der gestrigen Landgemeindenwahlen in Böhmen war ebenfalls ungünstig für die Liberalen, sie verloren einen Sitz, welchen der konservative Fürst Adolf Schwarzenberg eroberte. In drei Fällen unterlag die liberale des liberalen Wahlkomite's gegen die konservativen Kandidaten.

Die „Neue Freie Presse“ und andere Zeitungen bringen Sensationsnachrichten über die bevorstehenden Ministerveränderungen; angeblich sei ein konservatives Koalitions-Ministerium zu Stande gekommen. Graf Taaffe wolle auch den Grafen Andrássy zurückziehen, weshalb er sich mit alten konservativen Gegnern Andrássy's allirt habe. Die Sensationsnachrichten bezweifeln offenbar, die Wähler für die morgen stattfindenden Wahlen zu beeinflussen.

Prag, 28. Juni. Bei den heute von den Landgemeinden Böhmen vorgenommenen Wahlen von Reichsrath-Abgeordneten wurden die sämmtlichen von dem Erben-Klub aufgestellten Kandidaten und Fürst Karl von Schwarzenberg gewählt. In 13 bisher verfassungstreuen Wahlbezirken siegten 9 Kandidaten des verfassungstreuen Wahlkomite's, 3 selbständige deutsch-liberale Kandidaten und der konservative Fürst Adolf von Schwarzenberg.

Paris, 29. Juni. Die „Republique franc.“ schreibt: Indem die Kammer, ihrem Mandat getreu, das Unterrichtsgesetz mit 366 gegen 150 Stimmen annahm, bekundete sie durch ihre Abstimmung den unbegrenzten Willen des Landes.

Prinz Napoleon hatte eine Zusammenkunft mit Rouyer; der Prinz wird als Chef der Partei anerkannt. Es ist nun die Frage, einen Wahlkreis zu finden, in dem ein bonapartistischer Abgeordneter zu Gunsten des Prinzen sein Mandat niederlegen würde.

Paris, 28. Juni. Die bonapartistischen Blätter veröffentlichen nichts über das Testament des Prinzen. Aus diesem Schweigen und anderweitigen Indispositionen schließt man, daß das Testament wirklich einen Bassus enthält, welcher den Prinzen Victor als Nachfolger empfiehlt. Tropem ist es zweifellos, daß die Führer und die Majorität der Partei den Prinzen Napoleon als Chef anerkennen werden. Sehr bemerkt wird der päpstliche Artikel der „Republique franc.“, der den Prinzen mit der Ausweisung bedroht, wenn er nicht offiziell die bonapartistische Partei verabschiedet. Die radikale „Lanterne“ wurde wegen erneuter Angriffe gegen die Polizeipräfektur konfiskirt.

Petersburg, 29. Juni. Ein Erlaß des Ministers des Innern weist die Dorfgeschörden und die Landpolizei an, Vorregeln gegen die umherziehenden Agitatoren zu treffen, welche durch die Verbreitung falscher Gerüchte von einer bevorstehenden neuen Vertheilung des Grundbesitzes Unruhen im Volke zu stiften suchen.

Der Generalgouverneur von St. Petersburg hat ein Rundschreiben an den Stadthauptmann von St. Petersburg, sowie an die Gouverneure von St. Petersburg, Nowgorod, Pleskau, Olonez und Archangelot erlassen, worin denselben aufgegeben wird, die die Druckerien betreffenden Geschverlegungen zeitweilig von der Kompetenz der Gerichte auszuschließen und dem Gutachten des Generalgouverneurs zu überlassen.